№ 29. Morgenblatt.

Mittwoch, 19. Januar.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Redaktion: W., Lützowstraße 105.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.

Expeditions-Stellen: W., Lützowstraße 105, W., Kronenstraße 46, O., Gr. Frankfurter Str. 87.

Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin. 1898. — 46. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich incl. Botenlohn 4 Mark — Pf. Monatlich „ „ 1 „ 35 „ Wöchentlich „ „ — „ 35 „
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.
Bei allen Postanstalten: in Preußen, ganz Deutschland und Oesterreich pro Quartal 4 50 Mark, zweimonatlich 3 Mark, dritte Monat 1,50 Mark.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.

Insertionsgebühr: Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Für Februar und März

nehmen Abonnements auf die **täglich zweimal** erscheinende „Volks-Zeitung" nebst Gratis-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt" sämmtliche Post-Anstalten, alle Berliner Zeitungs-Spediteure, sowie die unterzeichneten Expeditions-Stellen entgegen. Preis in Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf. bei einmaliger, und 1 Mark 50 Pfennig bei täglich zweimaliger Zustellung, auswärts 3 Mark pro Februar und März.

Probe-Nummern der „Volks-Zeitung" stellen wir gern zur Verfügung.

Expedition der „Volks-Zeitung",
Berlin W., Lützowstraße 105 und W., Kronenstraße 46
O. Große Frankfurterstraße 87.

Die lex Posadowsky.

Wie vorauszusehen war, ist gestern der Reichstag nicht um einen Schritt weiter vorgeschritten. Der Koalitionserlaß des Grafen Posadowsky beherrschte ausschließlich die Sitzung. Der Abgeordnete v. Kardorff setzte mit einer seiner langweiligsten Reden ein, in der er das Sozialistengesetz empfahl und es fertig brachte, die „notleidende Landwirtschaft" und ähnliche Dinge vorzubringen. Im Uebrigen behalt er sich mit einem „beachtenswerten" Zitat aus den „Hamb. Nachr.", welche dem Erlaß zugejubelt hatten, aber boshafterweise die Heimlichtuerei verspotteten.

Darauf kam der vorgestern von Singer provozirte Zentrumsführer Dr. Lieber zum Wort, um die Verdienste seiner Partei um die Erhaltung der Koalitionsfreiheit zu preisen und zu erklären, das Zentrum sei für Einschränkungen der Koalitionsfreiheit nicht zu haben. In demselben Athemzuge ließ der redegewandte Herr freilich durchblicken, gegen „Ausschreitungen" werde seine Partei eventuell Schutzmaßregeln bewilligen. Glückliche Reise! Auf den Boden des Erlasses und scharf gegen die Koalitionsfreiheit traten selbstredend der konservative Graf Stolberg und der nationalliberale Dr. Osann auf. Dr. Osann's Rede war ein Gewebe von nationalliberalen Phrasen. Dr. Pachnicke von der Freisinnigen Vereinigung trat entschieden für die Koalitionsfreiheit ein; er hatte mit anderen Abgeordneten eine Resolution gefaßt, welche Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung durch freiere Bewegung der Berufsvereine, sowie die Aufhebung des Verbots der Verbindungen dieser Vereine verlangte. Bezeichnend für das gespannte Verhältniß der beiden freisinnigen Fraktionen ist es, daß diese Resolution nicht von den Anhängern der freisinnigen Volkspartei, sondern von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Der Redner der freisinnigen Volkspartei, Abg. Dr. Schneider, beschäftigte sich mehr mit der Gewerbeaufsicht, die später an die Reihe kommen wird.

Zum Schluß der vertagten Debatte, die am Donnerstag fortgesetzt wird, faßte der sozialdemokratische Abgeordnete Legien in einer Rede das Gesammtresultat zusammen. Der persönlich angegriffene Herr v. Stumm antwortete in scharfer Weise. Für heute um 2 Uhr steht auf der Tagesordnung die lex Heinze und der konservative Antrag bezüglich des Sacharin.

Berlin, 19. Januar 1898.

Im **Abgeordnetenhause** richtete gestern der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern einen recht scharfen Angriff gegen die Miquel'sche Finanzpolitik und gegen die Ueberschußwirtschaft mit den vielen großen und kleinen Spartöpfen. Auch das System der Eisenbahnverwaltung wurde richtig gekennzeichnet. Daß Herr v. Eynern seine Ausführungen mit einer Verbeugung vor den Agrariern schloß, ist nach der Art, wie die Nationalliberalen sich vom Bund der Landwirte „sammeln" lassen, nicht wunderbar. Der Finanzminister v. Miquel erwiderte sofort mit einer längeren Rede zur Verteidigung seiner Finanzpolitik. Die Defizits am Anfang seiner Tätigkeit seien wirklich vorhanden gewesen; den Ueberfluß an Geldmitteln habe Niemand voraussehen können; er sei eine Folge des plötzlichen Aufschwungs von Industrie und Handel. Den naheliegenden Schluß, diesen Aufschwung auf die Wirkung der Handelsverträge zurückzuführen, vergaß Herr v. Miquel anzubringen, dafür richtete er einen sehr heftigen Angriff gegen die Fachblätter, die die Beamten zu „verhetzen" suchen und aus diesem treuen Stand eine gefährliche Klasse machen wollen. Ja, Herr von Miquel findet es „bedenklich", daß die Beamten sich mit Petitionen an den Landtag wenden. Herr von Miquel wird mit diesem Angriff auf die Petitionsfreiheit der Beamten wahrscheinlich etwas anderes erreichen, als er bezweckt. Zum Schluß der gestrigen Debatte bekämpfte der Pole Motty die Ansiedlungstätigkeit der Regierung in Posen und Westpreußen.

Eine Neuerung in Bezug auf die Berichterstattung über die parlamentarischen Kommissionen will anscheinend das offiziöse Wolff'sche Telegraphenbureau einführen. Es setzt den Berichten der privaten parlamentarischen Berichterstatter, von denen die Berliner Presse sich bedienen läßt — die Provinzialzeitungen drucken zum größten Teil diese Berichte ohne Quellenangabe nach, so daß auch in diesem Falle wieder die Berliner Presse mit ihren Mitteln für die Provinzverleger arbeitet — einen anderen Bericht entgegen. Augenscheinlich geschieht dies zu dem Zwecke, den Vertretern der Regierungsanschauungen einen breiteren Spielraum zu gewähren, als den Gegnern; wenigstens läßt der Bericht, den uns gestern Abend das Wolff'sche Bureau zur Verfügung gestellt hat, darauf schließen; die Ausführungen der Regierungsvertreter sind weit umfänglicher, als die der Abgeordneten der Opposition. Es fragt sich hiernach sehr, ob die offiziösen Berichte ein hinreichend objektives Bild der Verhandlungen geben. Daß sie noch um 12 Stunden später geliefert werden, als die privaten Berichte, erhöht ihren Wert keinesfalls. Will also das Wolff'sche Bureau die Zeitungen mit guten Berichten versorgen, so müssen sie 1. objektiver gehalten sein, 2. dürfen sie nicht später geliefert werden, als die privaten Berichte.

„Schneidig." Die „Kreuz-Zeitung" rühmt die „Schneidigkeit" des Grafen Posadowsky in der parlamentarischen Vernichtung der Sozialdemokratie. Wenn's mit der „Schneidigkeit" allein getan wäre! Wir haben früher einmal einen Minister gehabt, der in der Bekämpfung der Sozialdemokratie noch „schneidiger" war; das war Herr von Puttkamer. Niemals aber war die Sozialdemokratie weiter davon entfernt, vernichtet zu werden, als unter ihm.

Die Berliner Fleischerinnung hat an den Reichskanzler und an den Reichstag eine Petition gerichtet, woraus die „Deutsche Fleischerztg." Folgendes entnimmt:

„In konkurrenzlose Sicherheit gewiegt, **fehlt der deutschen Landwirtschaft jeder Ansporn,** um auf dem Gebiet der **Tierzucht und Mast** etwas Tüchtiges zu leisten. Millionen werden für Kunstfuttermittel in das Ausland gesendet, und mit Hilfe dieser künstlichen Futtermittel werden Tiere gezüchtet und gemästet, die geeignet sind, die deutsche Wurst- und Fleischwarenfabrikation vollständig zu untergraben. Wirklich gutes, gemästetes Ochsenfleisch steht derartig im Preise, daß es zu einem Genußmittel geworden ist, das sich nur noch wohlhabende Leute verschaffen können."

Die Petition fordert deshalb die **Oeffnung der Grenzen** für die Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Auslande für alle öffentlichen Schlachthöfe, die mit direkten Bahnanschlüssen versehen sind. — Die Konservativen in den beiden Parlamenten, die sich vor „Innungsfreundlichkeit" nicht lassen können, werden den Fleischern, die mit ihrem Verlangen durchaus im Recht sind, mit Hohn und Spott klar machen, daß die hohen Fleischpreise und die **völlige** Absperrung der Grenzen im Interesse der Erhaltung eines standesgemäßen Lebens der Großgrundbesitzer liegen, ohne die der Staat angeblich nicht bestehen kann, zumal wenn die Staatserhalter und Wurstverderber in Ostelbien wohnen und adlig sind.

Der Feldzug des Bundes der Landwirte und **der Antisemiten gegen die Konservativen** hat am 17. d. M. in Stettin zur Aufstellung einer gesonderten Antisemitenkandidatur geführt und zwar zu derjenigen des Herrn v. Mosch. Dieser war mit seinem journalistischen Mitarbeiter, Gymnasiallehrer Professor Förster, erschienen. Herr Förster meinte gegen das konservative Junkertum, damit jeder zu seinem Recht käme, müßten die „Eigentumsverhältnisse berichtigt" werden. Die allzu großen Güter seien zu zerschlagen und zu verteilen (Arme „Kreuzzeitung", wie wird euch?), die kleinen Besitzer hätten sich dann in Genossenschaften zu vereinigen. Als Steuer müsse eine aufsteigende Einkommensteuer eingeführt werden. (Gute „Kreuzzeitung", wie ist euch?) In Bezug auf die Konservativen meinte Herr Förster mitleidig: „Na, die Konservativen! Sie könnten mir eigentlich, so wenig sie es auch verdienen, wehe tun." Die Konservativen seien eine Partei gouvernementaler Jasager, die „Partei der verpassten Gelegenheiten". — So ungefähr sagen's die Bündler auch.

Die **Landwirtschaftskammer** für **Schlesien** hatte Herrn Edmund Klapper zu Vorträgen aufgefordert über das Thema, wie sich die Landwirtschaft bei Abschluß neuer Handelsverträge zu verhalten habe. Das Interesse für dieses Thema scheint inzwischen geschwunden zu sein, denn die Kammer macht neuerdings bekannt, daß Herr Klapper nicht in der Lage ist, den Vortrag zu halten. Sollte die Regierung, die Herr Klapper in seiner „Agrarztg." so stark mitgenommen hat, die Verwendung dieses energischen Agrariers durch eine staatliche Behörde für unerwünscht gehalten haben?

Der Reichstagsabgeordnete Janta v. Polczynski, dem Vertreter des Kreises Karthaus in Westpreußen, ist von dem polnischen Wahlkomite des Kreises die Aufforderung zugegangen, im Reichstag gegen die Flottenvermehrung zu stimmen. In dem Schreiben heißt es, daß, falls Janta v. Polczynski für die Vergrößerung der Flotte stimmen sollte, zwischen ihm und den Wählern ein Bruch entstehen müßte.

Nachdruck verboten.

Richtet nicht!

Roman nach fremdem Motiv. Frei bearbeitet von Max v. Weißenturn.

48)

Plötzlich schlug Thorn die Augen auf und rief zur großen Ueberraschung des ehemaligen Verwalters:

„Loris, ich habe Ihnen eine Lüge gesagt — ich besitze ein Kind, eine Tochter, und ich empfinde Gewissensbisse wegen derselben. Ich kann ihr nichts zurücklassen, als einen schlechten Namen. Sie werden ihr das aber nicht sagen, alter Freund, wozu auch?"

„Wie kann ich's ihr sagen, da ich sie nicht kenne!" rief Konrad erbleichend.

„Ich möchte aber, daß Sie sie ausfindig machen, es wird dies nicht schwer halten — ich möchte, daß Sie ihr meinen Tod mitteilen, vorausgesetzt, daß ich sterbe!" fügte er mit einer gewissen Hast hinzu.

„Wie heißt sie und wo kann ich sie finden?"

„Sie heißt Isabella Leroy."

Konrad zuckte zusammen, seine Mutmaßungen waren also richtig gewesen; der arme Mann, welcher jetzt sterbend vor ihm lag, war sein Schwiegervater. Sollte er ihn von dieser Tatsache in Kenntniß setzen? Sollte er ihm Kunde geben von seiner Tochter?

Ehe er darüber eine Entscheidung treffen konnte, fuhr der Andere fort:

„Ich will Ihnen Alles erzählen. Ich bin ein schlechter, ein sehr schlechter Mensch gewesen." Er hielt inne, als wolle er nachsinnen, womit er seine Erzählung beginnen solle, dann fügte er mit einem Blick nach dem Bilde an der Wand hinzu:

„Die da drüben ist nicht die Frau, welche Sie vom Sehen gekannt haben, ich war zweimal verheiratet."

„Sie, Thorn?"

„Ja, diese hier ist meine erste Frau Marianne Thomas gewesen; ich heiratete sehr jung, ich liebte sie, aber wir verstanden uns in der Ehe nicht sonderlich gut; sie stellte hochgespannte Ansprüche und hatte sehr strenge Begriffe über das, was recht und tugendhaft sei. Ich habe über die Schnur gehauen, das will ich zugestehen. Sie wurde eifersüchtig, eifersüchtig auf die Frau, welche meine zweite Gattin geworden, und nicht ohne Grund. Ja, ja, ich war ein loser Geisig und ich wurde es in erster Linie, weil meine Frau zu gut gewesen und vielleicht auch, weil sie die Tochter eines Priesters war."

Er schwieg, vielleicht einen Einwurf erwartend, da aber der Verwalter nicht sprach, fuhr er fort:

„Isabella war inzwischen geboren worden und eines Tages verließ mich meine Frau, um mit ihrem Kinde zu ihrem Vater zu gehen, sie erkältete sich und da sie ohnehin auf der Lunge immer schwach gewesen, starb sie an den Folgen dieser Erkältung; der alte Thomas aber sagte, ich habe sie gemordet. Natürlich ist das alles ein Unsinn, denn ich hatte ihr nicht befohlen, fortzugehen, jedenfalls aber läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sie starb und daß der alte Mann sich weigerte, das Kind herzugeben. Ich drängte ihn nicht dazu und heiratete in aller Stille jene Frau, mit welcher ich schon früher in Beziehungen gestanden und die Sie einigemale aus der Entfernung mit mir gesehen hatten."

„Und haben Sie," fragte Konrad Loris mit heiserer Stimme, „die Beziehungen mit Ihrem Schwiegervater aufrecht gehalten?"

„Ab und an; einmal des Jahres schrieb ich, um mich nach Isabella zu erkundigen, ich sah das als meine Pflicht an; er lebte in einem Städtchen, welches Miltown heißt, und es bot sich uns selten Gelegenheit, einander zu sehen. Noch einen Trunk Wasser, Loris, um des Himmels willen!"

Der einstige Verwalter griff nach dem Kruge, aber seine Hand zitterte fast ebenso wie jene des Sterbenden.

„Als ich nach Amerika auswanderte," fuhr Jener fort, „schrieb ich, um ihm davon Mitteilung zu machen; ich sagte ihm auch, daß ich hoffe, für Isabella ein Vermögen anzusammeln; da es mir nicht gelungen, sah ich die Notwendigkeit nicht ein, ihm weitere Kunde zu senden. Ich vermute, man hält mich längst für todt."

„Allerdings!" entgegnete Loris, kaum wissend, daß er spreche. Eduard Thorn aber blickte ihn betroffen an.

„Woher wissen Sie das?" forschte er lebhaft.

Konrad schwieg einen Moment überlegend, dann beschloß er, Thorn die Wahrheit zu sagen; er fühlte, daß es seine Pflicht sei, denn der Mann da vor ihm konnte keine zwei Tage mehr leben.

„Ich weiß es," sprach er mit zuckenden Lippen, „weil ich sie Alle kannte. Isabella ist meine Frau."

„Ihre Frau? Meine kleine Isa Ihre Frau?" wiederholte Eduard Thorn, indem er sich verwundert aufrichtete.

„Ja, der Altersunterschied zwischen uns ist es, der Sie gar so sehr in Verwunderung setzt. Aber ihr Großvater starb, sie stand allein, freundlos auf Erden, sie hatte Niemanden als mich. Allerdings war ich viel älter als sie, aber nicht alt genug, um ihr freundschaftlich zur Seite zu stehen, ohne sie zu heiraten."

„Sie sind meiner kleinen Isa ein Freund gewesen? Sie haben sie geliebt?"

„Nein," entgegnete Konrad nach kurzem Zögern. „Ich habe meine Geschichte gehabt, gerade so, wie Sie die Ihre, soll ich Ihnen dieselbe erzählen?"

„Ja, erzählen Sie mir Alles," entgegnete Eduard Thorn träumerisch und Konrad Loris berichtete wirklich Alles genau, sich in alle möglichen Einzelnheiten einlassend. Der Sterbende lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit, er unterbrach den Anderen nicht.

Konrad erzählte ihm von dem Tode des Pastors Thomas, erzählte ihm auch davon, wie Isabella sich anscheinend ihm angeschlossen habe, wie er nach und nach ihre Liebe erraten und das Möglichste getan habe, sie davon zu heilen, wie aber endlich am Grabe ihres Großvaters das Mitleid ihn übermannt und er doch gesprochen habe. Dann berichtete er von seinem Eheleben, er verbarg nichts, bis zu der Stunde, in welcher Isabella ihm die Anklage ins Gesicht geschleudert, daß er ein Zuchthäusler sei und ihn verlassen habe.

Als Eduard Thorn diese Worte vernahm, entrang sich ein heiserer Schrei seinen Lippen, dann brach er plötzlich in einen hysterischen Thränenstrom aus. Konrad mühte sich, den Unglücklichen nach besten Kräften zu trösten.

„Nehmen Sie sich die Sache nicht zu Herzen, Thorn, ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen all' das zu sagen, aber es ist kein Grund da, sich zu quälen. Sie sollten sich weit eher freuen, denn Sie haben doch gehört, daß sie wohl, glücklich und zufrieden ist."

Eduard Thorn beherrschte sich gewaltsam. Er preßte die zuckenden Lippen aufeinander und sprach nach einer kleinen Weile:

„Sie sind ein guter, edler Mensch, Loris. Sie hätten das Mädchen heiraten sollen, mit welchem Sie verlobt gewesen sind." „Still!" warf der Verwalter fast heftig ein.

„Ja, ja, ich weiß, Sie wollen sagen, daß sie viel zu gut sei, um von Menschen gleich mir an einem Orte wie diesem genannt zu werden. Gehen Sie fort von hier, alter Freund!"

„Fort? Ich bin ja doch gekommen, um hier bei Ihnen zu bleiben."

„Und nun bitte ich Sie, zu gehen, lassen Sie mich allein. Alles, was Sie mir erzählt haben, hat mich aufgeregt, ich bedarf einiger Zeit, um mich in Ruhe zu sammeln. In einer Stunde kehren Sie wieder; nicht wahr, Sie versprechen mir, daß Sie kommen, Sie sind nicht beleidigt?"

„Ich? Worüber sollte ich denn beleidigt sein?"

(Fortsetzung folgt.)

Den eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Teil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

Der Reichstagsabgeordnete Müller-Fulda (Zentrum) hat eine Schrift erscheinen lassen: „Kann die Marinevorlage vom Reichstag angenommen werden?“ Er faßt seine Erörterungen am Schluß wie folgt zusammen: „Man kann nicht allein die Erhaltung der deutschen Marine in zeitgemäßem, schlagfertigem Zustande als notwendig, sondern auch deren planmäßige Verstärkung, soweit es die Finanzlage gestattet, als wünschenswert ansehen und gleichwohl die „gesetzliche Festlegung“ als eine Beschränkung des bestehenden Rechtes verfassungsmäßig zustehenden Rechtes absolut unannehmbar finden. Das Verlangen dieser Festlegung ist von Herrn Admiral Hollmann noch im März 1897 als völlig undurchführbar geschildert worden. Wenn nun dieses Verlangen gleichwohl an den Reichstag gestellt wird, so kann es nur den Zweck haben, diesen zu binden. Nicht nur auf sieben Jahre, sondern dauernd würde dessen Ausgabebewilligungsrecht bezüglich des Marineetats so gut wie aufgehoben sein, wenn der Entwurf Annahme findet. Wie vor vier Jahren die „Finanzreform“ den ersten Schritt zur Beseitigung des Einnahmebewilligungsrechtes bilden sollte, so heute die „Marinevorlage“ zur Beseitigung des Ausgabebewilligungsrechtes. Beide Vorlagen sind einem Gedanken entsprungen, vielleicht beide in demselben Garten gewachsen. Die Marinevorlage hat hinsichtlich der Annahmemöglichkeit den Vorteil, daß sie nicht mit neuen Steuern verquickt ist, sondern nur mit einer Ausgabeerhöhung, die an und für sich vielfache Sympathien findet. Man kann jedoch sehr wohl Beides trennen, die etatsmäßigen Forderungen genehmigen und doch das wichtige verfassungsmäßige Recht der alljährlichen Ausgabebewilligung intakt erhalten. Für denjenigen, der die Wahrung und Erhaltung der kärglichen Rechte der Volksvertretung ernsthaft nimmt, sollte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein.“ — Der Verfasser wagt nicht zu prophezeien, daß die Vorlage abgelehnt wird. Im Zentrum werden wohl hinreichend viele Mitglieder vorhanden sein, die sich ganz gern, „binden“ lassen.

Die lehrerfreundliche Landgemeinde Styrum, die der Forderung der Düsseldorfer Regierung auf Herabsetzung der Lehrergehälter opponirt hatte, hat jetzt nachgegeben, nachdem die Regierung die Skala von 1500 M. und 200 M. zum zweiten Male nicht genehmigt hat. Das Grundgehalt ist auf 1400 M. erniedrigt worden, um einem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Die Regierung hatte 1350 M. verlangt. Es erregt in Lehrerkreisen Befremden, daß die Düsseldorfer Regierung die Lehrergehälter vielerorts herabzudrücken sucht trotz der Teuerungsverhältnisse. Die westfälische Arnsberger Regierung sucht im Gegensatz dazu möglichst hohe Sätze zu erzielen und hat damit auch Erfolg. Erst kürzlich wurde auf Forderung dieser Steigerung in Herne der Satz von 1400 auf 1500 M. erhöht.

Nach einer Mitteilung des „Orendownik“ soll die **Polenfraktion** des Reichstags im Jahre 1893 durch einen **Brief** beeinflußt worden sein, für die Militärvorlage zu stimmen, in welchem **Graf Caprivi** dem Erzbischof v. Stablewski „persönlich“ anerkannte, daß den Polen Unrecht geschehe. Das Wort „persönlich“ sei unterstrichen gewesen. Diese Nachricht wird noch viel Staub aufwirbeln — wenn sie wahr ist.

„Aerztliche Ehrengerichte.“ Zu unseren Bemerkungen in der letzten Sonntagsnummer unseres Blattes und früher über die geplanten Ehrengerichte für Aerzte bietet der vor kurzem öffentlich erörterte Fall des Stabsarztes a. D. Dr. Kahnt in Berlin eine treffende Illustration. Der genannte Arzt war durch die unter seinen Patienten festgestellten Heilungen vermittelst der Glünicke'schen Pflanzenheilkur (einer sog. „inneren Naturheilmethode“) dazu veranlaßt worden, diesem Verfahren näher zu treten, u. A. in öffentlichen Vorträgen seine Erfahrungen mit dieser Kurmethode wiederzugeben. Die Folge war sein Ausschluß aus dem ärztlichen Bezirksverein und Anzeige bei der Aerztekammer und dem Militärkommando. Das Militärkommando entschied, daß der genannte Stabsarzt „seine Ehre als Sanitätsoffizier durch sein Verhalten nicht verletzt habe“, die Aerztekammer aber belegte ihn mit fünfjähriger Entziehung des Wahlrechts zur Aerztekammer. Aus Anlaß einer gegen ihn gerichtete Warnung des Polizeipräsidiums, erließ Dr. Kahnt eine öffentliche Gegenerklärung, die ihm eine Anklage wegen Beamtenbeleidigung eintrug. Das Gericht stellte fest, daß der der polizeilichen Warnung zu Grunde liegende Bericht des Polizeiarztes manche irrtümlichen Angaben enthielt, die mit Leichtigkeit hätten richtig gestellt werden können. Der Angeklagte wurde aus diesem Grunde und da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, freigesprochen, die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde vom Landgericht verworfen. In den Urteilsgründen hieß es u. A. auch, daß „nicht der geringste Anhalt dafür vorhanden sei, daß der praktische Arzt Dr. Kahnt durch seine Beziehungen zu dem Glünicke'schen Naturheilverfahren seine Pflichten als Arzt verletzt habe. . . .“ Also Militärbehörde und Gericht finden an der Haltung des genannten Arztes nichts auszusetzen, das ärztliche Standesbewußtsein urteilt aber anders, und das Kultusministerium, in diesem Falle der Dezernent für medizinische Angelegenheiten hat die Entscheidung bestätigt!

Wir führen diese Tatsachen natürlich nicht an, um Partei zu nehmen in dem Streite zwischen der sogenannten Schulmedizin und dem sogenannten Naturheilverfahren; die Austragung dieses Streites gehört in die medizinische Fachpresse. Wir wollen durch diese Mitteilungen nur darauf aufmerksam machen, wie weit auseinandergehend im Ehrenpunkte die Auffassungen von Männern sein können, die alle einen gleichen Anspruch darauf haben, in dieser Frage zuständig zu sein. Es ist darnach für den ärztlichen Stand geboten, mit doppelter Vorsicht an die Materie heranzugehen.

Der **28. Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar** wurde am Sonnabend Mittags 12 Uhr im Ständehause in Weimar durch den Staatsminister Frhrn. v. Groß eröffnet. Die „Propositionschrift“ („Thronrede“) gedenkt zunächst des Hinscheidens der Großherzogin Sophie. Was die Aufgaben des Landtags anlangt, so stellt, wie uns unser Korrespondent in Weimar schreibt, der Voranschlag für die nächste Finanzperiode mit Genugtuung fest, daß die **Verhältnisse in der Landwirtschaft** sowie in einzelnen Gebieten der Industrie sich günstiger gestaltet haben, sodaß die Bedürfnisse des Staates für Wohlfahrtszwecke des Landes ohne Erhöhung der Steuern befriedigt werden konnten. Der Prüfung und Beratung des Etats wird sich anreihen die Beratung über die Erweiterung des Zentralfonds und der Pensionsanstalt weimarischer Geistlichen, über Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und verschiedener anderer Beamtenkategorien. — Es liegen ferner u. A. an Entwürfen vor: die weitere Bewilligung von Mitteln für Aufzeichnung der Kunstdenkmäler Thüringens, Bewilligung von jährlich 10 000 M. aus Staatsmitteln zu Zwecken der Rindviehversicherung, eine neue Totenordnung für Aerzte, Zahnärzte ꝛc. — Bei der Wahl des Präsidiums gebrauchte die konservative Majorität rücksichtslos ihre Macht. Neben dem bisherigen Präsidenten Frhrn. v. Rotenhan (zugleich Alterspräsident des Landtags) wurde an Stelle des früheren 1. Vizepräsidenten, des nationalliberalen Abg. Müller-Apolda, der auch in Vorschlag gebracht war, der konservative Rechtsanwalt Schönemann-Jena und zum zweiten Vizepräsidenten der reaktionäre Bezirksdirektor Dr. Eucken-Addenhausen-Eisenach gewählt. — Die bureaukratische Zusammensetzung des neuen Landtages wird am besten durch die Tatsache illustrirt, daß unter den 33 Abgeordneten sich befinden: 3 Kammerherren, 1 Rittergutsbesitzer, 3 Gutsbesitzer (darunter Herr Reichmuth-Oberoleben mit dem immer noch angefochtenen Reichstagsmandat), 2 Bezirksdirektoren, 12 ländliche Ortsvorsteher (hier „Bürgermeister“ genannt), ein großherzoglicher Oberförster, ein Oberamtsrichter (kons.) und ein Rechtsanwalt (desgl.); die übrigen neun verteilen sich auf verschiedene Berufe. Die freisinnige Partei, die bisher nur eine Stimme hatte, ist jetzt durch drei Abgeordnete: Stadtrat E. A. Meyer-Weimar, W. Casselmann und Kühner-Eisenach, die sozialdemokratische durch den Gastwirt Baudert-Apolda vertreten. Da fünf Abgeordnete zur Stellung eines Initiativantrages gehören, müssen die Freisinnigen und der Sozialdemokrat unter den Nationalliberalen werden gehen, um selbst einen Antrag auf die Beine zu bringen.

— Die Erwartung, die der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Thielmann bei der Etatsberatung im Reichstage ausgesprochen hatte, daß der **amerikanische Zuschlagszoll auf Zucker** aus Ausfuhrprämien zahlenden Ländern sich als „der Hecht im Karpfenteich“ bewähren, d. h. das Zustandekommen einer internationalen Konferenz behufs Beseitigung der Ausfuhrprämien beschleunigen werde, hat sich als gerechtfertigt erwiesen. Nach Meldungen auswärtiger Blätter wird die Konferenz in Brüssel stattfinden.

— Gegen die **Angriffe**, die Herr **Wörmann** aus Hamburg bei der Versammlung im Kaiserhofe gegen das **Berliner Aeltestenkollegium** wegen dessen Stellungnahme zur Flottenfrage gerichtet hat, beschlossen die Aeltesten, Protest zu erheben. Die Angelegenheit wird auch den deutschen Handelstag beschäftigen, den sie insofern angeht, als Herr Wörmann Mitglied der Hamburger Handelskammer ist, die dem deutschen Handelstage angehört.

— An der gestrigen Sitzung der technischen Abteilung des Ausschusses für die sogenannten „**deutschen Nationalfeste**“ nahmen Teil die ersten Vorsitzenden des Deutschen Ruderverbandes, des Schwimmerverbandes, des Radfahrerbundes, des technischen Unterausschusses in der deutschen Turnerschaft, des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele, sowie einige Vertreter der volkstümlichen athletischen Uebungen und der akademischen Turnvereine. Wie der Vorsitzende Dr. Schmidt am Schluß feststellen konnte, waren die Verhandlungen „ebenso erfolgreich als nach jeder Richtung befriedigend“. In der Entwicklung der Leibesübungen war dies die erste gemeinsame Beratung von leitenden und offiziell entsandten Vertretern des Sports, Spiels und Turnens. Die Beratungen werden jetzt in den einzelnen Verbänden fortgesetzt. Am 1. März tritt die technische Abteilung wieder zusammen.

Prag, 18. Januar. **Landtag.** Nach der Wiederaufnahme der Sitzung erklärt der Statthalter v. Coudenhove, ein tschechischer Student habe auf der Straße einen deutschen Studenten, der Farben trug, angegriffen und geschlagen. Der tschechische Student sei verhaftet worden. Weiter betont der Statthalter, es sei ein statutarisches Recht der deutschen Studenten, Farben zu tragen. (Zustimmung links.) Dies könne Niemandem Grund zu Ausschreitungen bieten. Er, der Statthalter, müsse derlei aufs Schärfste vorenthalten. Die Sicherheitsbehörden hätten ihre Pflicht erfüllt; sie seien sofort zur Stelle gewesen, hätten den Angegriffenen geschützt und die Angreifer sowie andere der Verhaftung sich widersetzende Personen festgenommen. Keine Sicherheitsbehörde der Welt könne derlei Zwischenfälle verhindern. (Lärm, Protestrufe bei den Tschechen.)

Wien, 18. Januar. Anläßlich einer Besprechung der Ernennung des Königs Milan zum Kommandirenden des serbischen Heeres betont der Petersburger Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz“, es habe in Petersburg lebhafte Befriedigung erweckt, daß das Wiener Kabinet den Grundsätzen treu bleibe, welche Graf Goluchowski in den Delegationen verkündet habe, und man bekenne die Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was auf diese Haltung Oesterreich-Ungarns irgendwelche nachteilige Wirkung ausüben könnte. Man dürfe die Zuversicht hegen, daß Rußland und Oesterreich-Ungarn an dieser besonnenen, friedliebenden Politik festhalten werden. Rußland wünsche seinerseits umsoweniger Anlaß zu einer Aktion auf dem Balkan zu erhalten, als es gegenwärtig voller Aktionsfreiheit in Ostasien bedürfe.

Ancona, 18. Januar. Die Nacht und der heutige Vormittag verliefen durchaus ruhig. Bekanntmachungen des Bürgermeisters und des Präfekten verbieten jede Ansammlung auf den Straßen. Der Gemeinderat hat vorgeforgt, daß Brot zum Herstellungspreise abgegeben wird, welches von der Militärbäckerei bereitet wird. Letztere ist für die Bäcker eingetreten, welche, durch die Haltung der Bevölkerung eingeschüchtert, in der letzten Nacht nicht gebacken haben.

— Die Arbeiter einer Zuckerraffinerie machten heute Mittag den Versuch, auf den Platz vor dem Rathause zu dringen, sie wurden jedoch von der Polizei, welche einige Verhaftungen vornahm, zerstreut. An anderen Punkten der Stadt wurden fünf Anarchisten und ein Sozialist, der Urheber des zu den Protestkundgebungen aufreizenden Manifestes, verhaftet.

Paris, 18. Januar. Der Kriegsminister General Billot hat gegen den verantwortlichen Herausgeber des Blattes „Aurore“ und gegen Zola bei dem Justizminister Klage erhoben. Der Justizminister wird die Anklageschrift dem Oberstaatsanwalt zustellen.

Wie verlautet, soll der Prozeß gegen Emile Zola und den verantwortlichen Redakteur der „Aurore“ vor dem Schwurgericht stattfinden.

Konstantinopel, 18. Januar. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Hier verlautet, daß das Anleihe-Uebereinkommen mit der Ottomanbank und der Deutschen Bank vom Sultan sanktionirt worden sei. Eine authentische Meldung liegt jedoch noch nicht vor.

Havannah, 18. Januar. Bei Alquizar in der Provinz Pinar del Rio explodirte eine Dynamitbombe unter einem Bahnzuge, welcher Zivilpersonen und Truppen beförderte. Der Zug entgleiste und eine Person wurde getödtet, vier verwundet. Aufständische machten zugleich einen Angriff auf den Zug, wurden aber von Truppen zerstreut.

Neues Theater.

Der Novitätenabend wurde gestern mit einem flotten Schwank von Ernst Berger, Der Herr Kandidat, recht vielversprechend eröffnet. Der Einakter behandelt einen Studentenstreich. Wie im „Gänschen von Buchenau“ ein lustiges Fräulein dadurch einen lästigen Freier abzuschrecken sucht, daß sie sich albern und ungeschickt benimmt, so hecken hier zwei Studenten den Plan aus, einer von ihnen solle unter falschem Namen vor einem hübschen Mädchen den Kaufbold, Säufer und Bramarbas spielen, um ihr die Lust an einem ihr vom Onkel als Gatten zugedachten Herrn Kandidaten zu verderben. Der lustige Bruder Studio aber fällt aus der Rolle, verliebt sich in das lustige Greichen und verlobt sich mit ihr. Herr Alexander stellte in dem Schwank das Abschreckungsmittel vor und wirkte gleich ergötzlich als wilder Korpsbruder Süffle wie als frohlauniger Liebhaber. Eine angenehme Ueberraschung bot Herr Schwellach dem Publikum als biederer Schlächtermeister. Derbkomische Charakterrollen scheinen seiner Begabung mehr zu entsprechen als ernste Liebhaber. Fräulein Rugheimer spielte die Grethe sehr munter und anmutig — kurz, die ganze Darstellung des Schwanks war so frohlaunig, daß die Zuschauer zum Schluß einmütig Beifall spendeten und die Darsteller wiederholt hervorriefen.

Das dreiaktige Lustspiel von August Germain, „Familie“, fand leider weniger Anklang. Die Schilderungen von Pariser Unsitten erregen nur unser Interesse, falls sie mit einer lustigen Handlung verwoben sind. Hier sollen wir aber die Zerwürfnisse einer Pariser Bourgeoisfamilie roh genießen. Ein ebenso brutaler wie spekulativer und leichtfertiger Vater bevorzugt von zwei Brüdern den ältesten, weil dieser seine Ausschweifungen zu verheimlichen weiß und sich bereit erklärt, eine reiche Erbin zu heiraten, um die Firma vor Geldverlegenheiten zu bewahren. Der zweite Sohn aber, welcher besser geartet und ehrlicher ist, wird von seinem Vater und älteren Bruder recht übel behandelt. Die reiche Erbin weiß jedoch sehr bald den Weizen von der Spreu zu sondern und wählt den jüngeren Bruder. Sobald dies geschehen, verändert Papa Dorfeuilles seine Taktik; er umschmeichelt den Verlobten der Millionärstochter und freut sich, daß sein Erstgeborener das Haus verläßt. Dieser Wechsel im Familienleben und eine kleine Verirrung der Tochter Dorfeuilles bilden die Vorgänge, mit denen breite Sitten- und Charakterschilderungen verwoben sind. Der Dialog besitzt manche geistreiche Wendung, die in Max Schönaus Uebersetzung nicht verloren ging.

Die Darstellung war vortrefflich. Herr Pansa als falscher Biedermann und brutaler Familienvater, Frau Schwendemann als Besitzerin einer reichen Mitgift an Geld, warmem Herzen und Feingefühl, Herr Jarno als ehrliche Haut — sie alle boten gefällige Leistungen. Das Lustspiel besitzt zwei komische Figuren, eine dramatische Lehrerin und einen abenteuerlichen Sänger, die von Frau Bertens und Herrn Georg recht glücklich angelegt und mit Feinheit ausgeführt wurden.

R. E.

Der Genremaler Ludwig von Hagen ist in München am Sonnabend gestorben. Er war im Jahre 1819 in München geboren und gehörte zu den bedeutendsten Mitgliedern der alten Münchener Malerschule.

Verdi hat den Vorsitz in dem Komite für die Wiedereröffnung des Scala-Theaters in Mailand, das seit einem Jahrhundert zum ersten Male diesen Winter geschlossen bleibt, angenommen. Eine Deputation angesehener Persönlichkeiten begab sich zu Verdi, um ihm dafür zu danken. Verdi lobte mit jugendlichem Feuer die Bestrebungen des Komites und setzte hinzu: „Es wäre wirklich schade, wenn ein Theater wie die Scala geschlossen bleiben sollte; ich vermag mir Mailand ohne Scala-Theater nicht vorzustellen!“

Neues Eisenbahnbetriebsmittel. Auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues resp. des Betriebs wird in Kürze, wie die bekannte Fachschrift „Die Technik“ mitteilt, eine ganz eigenartige Erfindung zur Anwendung gelangen. In Pennsylvanien wird derzeit eine Strecke gebaut, auf welcher der Betrieb weder durch Dampfkraft, noch durch Elektrizität erfolgt, sondern statt dessen dient Preßluft. Die Linie geht vorläufig von Carnegil aus und endet in Pittsburg; sie trägt zunächst den Charakter einer Sekundärbahn nur für Personenbeförderung. Das neue Betriebsmittel, die Preßluft, bietet verschiedene sehr große Vorteile gegen die bisher üblichen.

Vor allem laufen die durch sie in Bewegung gesetzten Wagen sehr gleichmäßig; Stöße und Erschütterungen können gar nicht vorkommen. Ein zweiter sehr wichtiger, die Unternehmungslust anregender Vorteil ist der, daß das Betriebsmaterial so gut wie kostenlos beschafft werden kann, da die Pumpen, welche die Luft zusammenpressen müssen, durch die in unmittelbarer Nähe reichlich vorhandenen Wasserkräfte betrieben werden können. Dadurch werden die hohen Kosten, welche der Bau der ersten Linie Carnegil-Pittsburg verursacht, bald ganz ausgeglichen. Die Anlage ist nämlich mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Es ist ein Tunnel von 500 Meter Länge, sowie eine Hängebrücke von 600 Meter Spannweite erforderlich. Das ganze Werk bildet ein neues Glied in der großartigen Kette von Errungenschaften auf technischem Gebiete.

Die neuen Pläne für den Panamakanal. Die neue Panamagesellschaft hat am Schlusse des alten Jahres, wie bereits verlautete, in Paris eine Versammlung abgehalten, über die wir noch folgende Nachrichten erhalten. Der Plan scheint nicht aufgegeben zu sein, obgleich über die weiteren Maßnahmen noch nichts Bestimmtes bekannt ist. Es liegen zwar bereits zwei Projekte für die Feinheit des Kanals vor, jedoch wird zugegeben, daß noch viel Zeit darüber vergehen kann, ehe man sich für das eine oder das andere entscheidet. Zunächst sei kurz die gegenwärtige Lage der Kanalarbeiten geschildert nach einem Berichte, den die Regierung der Vereinigten Staaten kürzlich von ihrem Generalkonsul Gudger erhalten hat. Nach der Bodenbeschaffenheit würde der Kanal von Colon am Atlantischen Ozean bis Panama am Stillen Ozean eine Länge von 55 englischen Meilen (86¼ Kilometer) haben. Dieser ganzen Strecke entlang sind Schuppen für die neuen und teuren Maschinen errichtet, die etwa 400 Mill. M. gekostet haben. Im Ganzen sind für den Kanal bisher 1100 Millionen Mark ausgegeben worden, vollendet ist er etwa zu einem Viertel, d. h. auf der Strecke von Colon bis Bojeo, 22½ Kilometer lang. Dieser Teil hat aber die geringsten Kosten erfordert, die Hauptarbeit ist noch zu tun, nämlich die Durchstechung der Galebra-Kette. Trotzdem meint der Generalkonsul, daß mit Hilfe der neuen Maschinen die Vollendung der Arbeiten für 600 Millionen Mark geschehen könne, und zwar im Laufe von 10 Jahren. Der Kanal wird beiläufig eine Breite von 160 Fuß oben und 72 Fuß an seinem Grunde haben, auf der den Bergrücken durchschneidenden Strecke sollen jedoch die Breitenverhältnisse auf 78 bezw. 29 Fuß ermäßigt werden. Gegenwärtig werden 3100 Erdarbeiter an dem Kanal beschäftigt. Wer das Geld für die Vollendung des Kanals geben wird, ist noch nicht zu sagen, man erhofft dasselbe vom Kongreß der Vereinigten Staaten.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 18. Januar.

Eröffnung 2 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) bringt einen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ zur Sprache, in welchem der Erlaß des Grafen Posadowsky als gerechtfertigt und die Maßregel als eine selbstverständliche Pflicht der Staatsregierung bezeichnet wird. Redner teilt diesen Standpunkt vollkommen. Seitdem das Sozialistengesetz nicht mehr bestehe, herrsche unter den bürgerlichen Parteien des ganzen Landes die Ansicht, daß das Strafgesetzbuch den Arbeitern keinen genügenden Schutz biete gegen die Ausschreitungen des Streiks. Deshalb sei der Erlaß vollkommen berechtigt. Die Behauptung, daß die Arbeiter keine Koalitionsfreiheit besäßen, sei eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Bedenklich dagegen sei die Verleihung der korporativen Rechte an die Gewerkvereine, wie die Erfahrungen bewiesen, die in dieser Beziehung England und die Vereinigten Staaten gemacht haben.

Abg. Dr. **Lieber** (Ztr.) hält es nicht für angezigt, jetzt eine Sozialdebatte zu eröffnen. Der Erlaß sei nichts anderes als eine Anordnung für Erhebungen und Umfragen, wie wir es häufig erleben. Da diese Erhebungen im Interesse der Arbeiter angeordnet seien, so liege kein Grund zur Klagerung darüber vor. Nicht ganz unrecht haben die Sozialdemokraten, wenn sie den Erlaß unter die gemeinsame Beratung von leitenden und offiziell entsandten Vertretern des Sports, Spiels und Turnens. Die Beratungen werden jetzt in den einzelnen Verbänden fortgesetzt. Am 1. März tritt die technische Abteilung wieder zusammen.

Beleuchtung eines Satzes stellen, den der Staatssekretär im Dezember vorigen Jahres ausgesprochen. Graf Posadowski hat damals gesagt, in Deutschland, wo das allgemeine direkte Wahlrecht bestehe, sei das Verlangen nach der Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht unwahrend so notwendig wie in anderen Staaten. Meine politischen Freunde verstehen nicht, was die Arbeiterkoalition mit dem Wahlrecht zu tun hat. Das eine ist eine hochpolitische, das andere eine wirtschaftliche Frage. Zu einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter werden wir nicht die Hand bieten. Wir stehen auf dem Boden der absolutesten Parität zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; wir werden niemals eine Ausmessung mit verschiedenem Maß dulden.

Abg. Dr. **Osann** (nat.-lib.) findet in dem Erlaß etwas ganz Natürliches. Die Arbeiter müssten gegen den Terrorismus ihrer Kameraden geschützt werden. Wenn man an die Exzesse denke, die bei dem Ausstande in Hamburg und dem Streik in Leipzig vorgekommen seien, so könne man sich doch der Notwendigkeit, daß hier Schutzmaßregeln notwendig seien, nicht verschließen. Wir werden stets den Standpunkt vertreten, daß gleiches Recht für Alle gelte. Wir werden die Koalitionsfreiheit nicht beschränken, aber Ausschreitungen stets begegnen (Beifall.)

Abg. **Pachnicke** (Frs. Vgg.): **Uns hat der vertraute Erlaß nicht überrascht.** Man musste darauf gefaßt sein nach den in Bielefeld gefallenen Aeußerungen und nach den Verhandlungen im Vereine der Industriellen und im Verein für Sozialpolitik. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, einem Plane der Beschränkung von vornherein vorzubeugen und haben deshalb einen Antrag zu stellen auf **Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher die dem Koalitionsrecht entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt.** Wir wünschen, daß auch die jetzigen Hindernisse der Koalitionsfreiheit beseitigt werden. Das Koalitionsrecht besteht; es abzuschaffen, wird Niemand wagen. Aber das Landrecht sagt: Wem das Gesetz ein Recht giebt, der darf sich auch die Mittel aussuchen, um es auszunützen. So zahlreich sind die Fälle der Ausschreitungen nicht, daß man dagegen neuer Schutzgesetze bedarf. Deshalb bedauere ich den Erlaß, nicht blos seines Inhaltes willen, sondern auch wegen der Zeit, in der er ergangen ist. Die Folge wird ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen sein. Denn die Sozialdemokratie ist nicht etwa gewachsen, weil das Sozialistengesetz aufgehoben ist, sie ist unter dem Gesetz auch schon gewachsen; der innerste Grund für ihr Anschwellen ist aber, daß die Sozialdemokratie das krasseste Interesse der zahlreichsten Bevölkerungsschicht vertritt, wobei ihr die rechtsstehenden Parteien sehr zu Hilfe kommen. Ich wundere mich, daß Herr v. Kardorff nicht auch die Goldwährung als Grund für das Anwachsen der Sozialdemokratie angeführt hat. (Heiterkeit.) Meine Hoffnung, daß sich unter den Nationalliberalen Männer finden werden, die sich der Gefährlichkeit dieses Erlasses nicht verschließen, ist allerdings bitter getäuscht. Es scheint fast so, als ob man den Polizeistaat wieder herstellen will. Der Erlaß des Grafen Posadowsky widerspricht dem Erlaß von 1890, der von einer sehr hohen Stelle kam, und in dem es heißt, man solle Gesetze schaffen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer, die das Vertrauen genießen, sich beteiligen an der Gesetzgebung zum Wohle der Arbeiter. Das steht doch nach einem starken Schwenken in unserer Regierung aus. Das ist umso bedenklicher, als unser Richlertum sich auch heute noch viel zu sehr aus den sogenannten besten Familien zusammensetzt; d. h. die Anschauungen des Vorderhauses treten zu stark in den Vordergrund und lassen die Anschauungen des Hinterhauses nicht zur Geltung kommen. Wir haben in letzter Zeit Erlebnisse zu hören bekommen, die uns eine Mahnung sein müssen, auf der Hut zu bleiben. Wir stehen auf dem Boden, daß die Koalitionsfreiheit geschützt werden muß, aber die Frage ist die, ob die Streiks inserirt werden sollen von unorganisirten Massen oder von organisirten Vereinigungen. Sehr zu wünschen wäre, daß das Gewerbegericht sich noch mehr als jetzt zu einem Einigungsamt zur Schlichtung von sozialen Streitigkeiten herausbilde. Die Koalitionsfreiheit aber ist ein notwendiges Korrelat zur Vertragsfreiheit. (Beifall links.)

Abg. Graf **Stolberg**-Wernigerode (kons.): Ein Erlaß liegt überhaupt nicht vor, sondern nur eine Umfrage. Auch ich bin der Meinung, daß die Koalitionsfreiheit nach beiden Seiten hin aufrecht erhalten werden muß. Wir verneinen hier rein die Zeit. (Lebhafte Zustimmung. Abg. **Singer**: Warum reden Sie denn? Heiterkeit.) Daß bei Streiks Ausschreitungen vorgekommen sind, ist von keiner Seite bestritten worden. Ich bedauere, daß ein so wichtiger Antrag, wie der des Abg. Pachnicke ist, im letzten Augenblick kommt. Ich will die Arbeiter gar nicht an der Koalition hindern, aber Ausschreitungen werden wir stets bekämpfen. Wir werden gegen den Antrag Pachnicke stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Schneider** (freil. Vpt.) wünscht eine ausführlichere Berichterstattung an den Reichstag über die Tätigkeit der Fabrikinspektoren; die Inspektionsbezirke seien vielfach zu groß und schlössen eine ersprießliche Tätigkeit aus. In den Berichten der Gewerbeinspektoren wurde das Vorkommen von Ausschreitungen bei Streiks nur sehr wenig gedacht, am allerwenigsten wird eine Verschärfung der bestehenden Strafbestimmungen gefordert. Wenn aber der Erlaß des Staatssekretärs nur den Zweck hat, eine Umfrage zu halten, so läßt sich da eben nichts einwenden; aber weiter gehen wir nicht, denn wir können die Notwendigkeit zur Einschränkung des Koalitionsrechts nicht anerkennen. Im Gegenteil verlangen auch wir, daß die noch bestehenden Beschränkungen auf diesem Gebiete vollständig beseitigt werden. Wie verschieden die Handhabung der Bestimmungen gegen die Koalitionsfreiheit ist, zeigt der Umstand, daß gegen die Verbindung von landwirtschaftlichen Vereinen noch niemals ein Staatsanwalt eingeschritten ist. Was aber diesen recht ist, ist andern billig, und wir wiederholen unsere Forderung: **Gleiches Recht für alle.** Damit glauben wir am allerersten und allerbesten einer weiteren Ausdehnung der Sozialdemokratie vorzubeugen.

Mit Ausnahmegesetzen kann man das Anwachsen derselben nicht hindern. Solchen Gesetzen werden wir uns wie früher auch in Zukunft entgegenstellen. Die Gerechtigkeit ist einfach dem Arbeiter gegenüber die allerbeste Politik, um die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen zu beseitigen. Wenn wir auch von der gegenwärtigen Regierung keine Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete erwarten, so werden wir doch immer Gesetzesvorlagen in dieser Richtung einbringen. (Beifall links.)

Abg. **Lenzen** (Soz.) widerlegt zahlenmäßig die **Behauptung** des Abg. v. Kardorff, daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes an dem Anwachsen der Sozialdemokratie schuld sei. Im Gegenteil werde sich ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen, wenn man wiederum einen Versuch machte, ein neues Sozialistengesetz zu schaffen. Der Erlaß sei durchaus nicht so harmlos, wie Abg. Lieber meinte. Wir freuen uns, daß wir rechtzeitig Kenntniß von dem Vorhaben der Regierung erlangt haben. Eine Koalitionsfreiheit, die durch Polizeiverfügungen beschränkt werden kann, ist keine Koalitionsfreiheit. Sie (nach rechts) haben bereits ihre Macht rücksichtslos gegen die Arbeiter ausgenutzt, und Sie wollen es noch mehr tun. Tun Sie es nur, erreichen werden Sie damit weiter nichts, als daß Sie einigen tausend Arbeitern die Existenz rauben. Die Sozialdemokratie unterdrücken Sie damit noch lange nicht! Es handelt sich nicht darum, Ausschreitungen vorzubeugen, sondern einfach darum, das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt zu beschränken. (Sehr richtig! links.) Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Wo sind denn Ausschreitungen vorgekommen? Die Erfahrung hat gezeigt, daß sie nur da vorgekommen sind, wo keine Arbeiterorganisationen bestanden haben, oder sie sind von Leuten begangen, die außerhalb dieser Organisation stehen. Arbeiterorganisationen sind das beste Mittel, um Ausschreitungen vorzubeugen. (Sehr richtig! links.) Die Ursache zu den Ausschreitungen suche man also bei den Leuten, die systematisch die Arbeiter hindern, sich zu organisiren. Wer als Unternehmer diese Organisation zu unterdrücken sucht, versündigt sich an der Kultur! Gegen die Ausschreitungen des Unternehmertums wie die des Beamtentums den Arbeitern gegenüber, wird kein Wort gesagt. Ich erinnere nur an die schwarzen Listen, die vielfach von den Behörden geführt werden, um politisch verdächtige Personen zu beobachten. Wenn der Staatssekretär festgestellt hätte, wie groß dieser Ausnahmebruch ist, so würde er sich ein Verdienst erworben haben. Der Staatssekretär leistet mit seiner Unterstützung des Unternehmers dem Bauschwindel geradezu Vorschub; die Unternehmer im Baugewerbe sind es besonders, die der Organisation der Arbeiter feindlich gesinnt gegenüberstehen. Mit Freiherrn v. Stumm über solche Fragen zu diskutiren, ist nicht gut möglich. Nach meiner Ansicht ist Frhr. von Stumm mindestens ein Jahrhundert zu spät gekommen. (Heiterkeit.) So sicher der Absolutismus der konstitutionellen Staatsverfassung gewichen ist, wird die heutige Staatsform der Republik und der Demokratie weichen müssen. Auch das absolutistische Unternehmertum wird weichen und eine Vertretung der Arbeiter neben sich dulden müssen. Sie mögen die drakonischsten Maßregeln treffen, Sie werden diesen Entwicklungsgang nicht aufhalten. Der Terrorismus der Arbeitgeber wird sich von selbst richten.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr. (Antrag des Zentrums betreffend Wiederaufnahme der lex Heinze, Antrag betr. Besteuerung von Saccharin.)

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 13. Januar.

Eröffnung 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Präsident **v. Kröcher**: Bei der letzten Sitzung der Rechnungskommission am gestrigen Tage ist ein Fall zu Tage getreten, der in der Geschichte dieses Hauses ohne Beispiel dasteht. Ein Mitglied dieses Hauses hat 25 Jahre ununterbrochen den Vorsitz in einer Kommission geführt, und zwar ist dies der Abg. Dr. Virchow, der während dieses Zeitraums der Rechnungskommission präsidirt hat. Ich glaube mit Ihrer aller Zustimmung zu handeln, wenn ich dem Abg. Dr. Virchow, den ich zu meinem Bedauern nicht auf seinem Platze sehe, dafür, daß er trotz seiner vielen Berufsgeschäfte stets Zeit gefunden habe, an den Arbeiten der Rechnungskommission Teil zu nehmen, den aufrichtigen Dank des Hauses ausspreche. (Lebhaftes allseitiges Bravo!)

Das Haus setzt hierauf die **erste Beratung des Etats** fort.

Abg. **v. Eynern** (nall.): Die Ereignisse haben uns Recht gegeben in der Annahme, daß die Einnahmen früherer Etats zu niedrig gegriffen waren. Damals sollte auch im Reich eine Deffizitwirtschaft herrschen und wurde eine Tabaksteuer von 35 Millionen beantragt. Damals sah es trübe aus, um so erstaunlicher und erfreulicher ist es, daß wir jetzt eine so günstige Finanzlage haben und selbst der Finanzminister nicht weiß, wohin er mit seinen Sportöpfen soll, die er in den letzten Jahren angelegt hat und noch anlegen will. Besonders charakteristisch waren die Darlegungen des Finanzministers über das Extraordinarium des Eisenbahnetats. Der Finanzminister will immer neue Zulusstürme anlegen und damit immer mehr Gelder unserer konstitutionellen Verfügung entziehen. Vielleicht läßt die Aktion in China hoffen, daß unsere Industrie bezüglich des Exports eine neue Entwicklung haben wird. Wir sind aber erst in den Anfängen der industriellen Entwickelung hinsichtlich der Umwandlung der Dampfkraft in elektrische Kraft. Die Eisen- und Kohlenindustrie unseres Landes wird sich immer weiter entwickeln. Die Ueberschüsse aus dem Etat müssten zu Steuererlassen verwandt werden. Der Finanzminister schwebt in einem Meer von Glückseligkeit und Wonne. Aber kein Kulturstaat der Welt ist mehr mit direkten Steuern belastet als Preußen. Manche Landesbezirke werden infolge des Uebermaßes direkter Steuern tatsächlich der Verarmung entgegengeführt. 14 bis 20 Prozent Steuern sind nichts Seltenes. Dabei ist von der Einschätzung auf Pflicht und Gewissen gar nicht mehr die Rede, die Beanstandung der Steuererklärungen ist vielmehr die Regel. Vielfach sieht der Geschäftsmann vor einem Gewissenszwang. Es entwickelt sich ein System der Schnüffelei, das vor den privaten Verhältnissen des Staatsbürgers nicht Halt macht. Es würde sich empfehlen, die Prüfung der Deklarationen nicht alljährlich, sondern in längeren Zeiträumen, etwa alle drei Jahre einmal, vorzunehmen.

Die Mißstände in der Eisenbahnverwaltung, auch der Wagenmangel, beruhen auf dem System. Niemand kann zwei Herren dienen. Die Eisenbahnverwaltung hat zwei Herren, den Finanzminister und den Eisenbahnminister (Heiterkeit). Wenn der Eisenbahnminister etwas für den Verkehr tun will, steigt ihm der Finanzminister auf den Buckel (Heiterkeit). Wir müssen darnach streben, eine Trennung der Eisenbahnverwaltung von der Finanzverwaltung herbeizuführen. Es müßte mehr auf die Erweiterung der Geleisanlagen verwendet werden. Wagen sind ja wohl da, aber es ist nicht möglich, sie an die richtigen Orte, wo sie gebraucht werden, zu dirigieren. Wir wünschen die Bildung einer Eisenbahnkommission in diesem Hause, um darin die Eisenbahnfragen eingehend zu beraten. Die verstärkte Budgetkommission kann diesen Zweck nicht erfüllen. Mißstände zeigt auch der Viehtransport. Die Wagen sind schlecht gelüftet und schlecht gereinigt. Die armen Tiere sind übermäßig eng zusammengepfercht.

Nachdem das Reich den Gesandtschaftsposten beim Vatikan eingezogen hat, hat Preußen die diplomatischen Beziehungen selbstständig fortgesetzt. Aber alle Kundgebungen des Vatikans gehen nicht darauf hin, christliche Liebe zu pflegen, sie schüren vielmehr den Haß der Konfessionen. Die Herren vom Zentrum werden zugeben müssen, daß Kundgebungen wie die Canisius Encyclika zu Haß und Unliebe führen müssen. (Unruhe im Zentrum.) Wenn Sie, meine Herren vom Zentrum, eine Einwirkung auf das Oberhaupt der katholischen Kirche haben, so sollten Sie es bitten, solche Angriffe gegen die Bekenner des reformirten Glaubens zu unterlassen. Andernfalls müßten Sie mit uns darauf hinwirken, daß die Gesandtschaft beim Vatikan aufgehoben wird, denn wir können es nicht dulden, daß zwei Drittel unserer preußischen Mitbürger fortwährend ihres Glaubens wegen beschimpft werden.

Bezüglich der **Polenfrage** sagte Abg. Richter, er mache den Kickzackkurs in der Behandlung der Polen nicht mit. Er gedachte auch der Liebenswürdigkeit der Polnnen, und ich bin weit entfernt davon, zu bestreiten, daß diese Liebenswürdigkeit ohne Einfluß auf den Zickzackkurs gewesen ist. Aber ich mache einen solchen Kurs gern mit, wenn der Zick und Zack nach meiner Seite geht. Wir müssen jetzt ernstlicher denn je mit der nationalpolnischen Bewegung rechnen und Gegenmaßregeln im Interesse des bedrohten Deutschtums treffen.

Der **Domänen-Etat** beweist, daß in der Tat eine gewisse Notlage der Landwirtschaft vorhanden ist. Es handelt sich aber nicht um die Not der Menschen aus der Landwirtschaft, sondern des landwirtschaftlichen Gewerbes, da liegt der Hase im Pfeffer. Hier sind Rückschritte gemacht worden und das landwirtschaftliche Gewerbe hat genau dasselbe Recht auf Staatsunterstützung wie die übrigen Gewerbe, denen der Staat Unterstützung, z. B. durch die Handelsverträge, gegeben hat. Wenn durch die Handelsverträge ein Aufschwung der Industrie eingetreten ist, so wird die Industrie es gern sehen, wenn aus dem von ihm dem Staat geleisteten Ueberschüssen auch etwas für die Landwirtschaft getan wird. (Beifall.) Wir unterstützen gern die Landwirtschaft, treten aber allen agitatorischen Bestrebungen entgegen. Der landwirtschaftliche Etat ist nicht so dotirt, wie es nach der Finanzlage im Interesse der Landwirtschaft hätte geschehen können. Zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft bestehen keine Gegensätze. Wir sollen allen Grund haben, zusammen zu halten. (Beifall rechts.) Wenn wieder die Handelsverträge zur Sprache kommen, dann wird es sich zeigen, daß eine Interessengemeinschaft vorliegt und daß alle gegenseitigen Behauptungen nichts anderes sind als agitatorische Nebensarten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister **v. Miquel**: Wir haben vier Jahre lang ganz reelle Defizits von über 100 Millionen gehabt, das hing nicht von den Darstellungen des Finanzministers ab, sondern von der harten Wirklichkeit. Aus der Geschichte der gewerblichen Bewegungen und den Erfahrungen in Preußen hat die Finanzverwaltung vorher gewußt, daß auch wieder mal Zeiten kommen würden, wo man mit Ueberschüssen zu rechnen haben würde. Wir konnten aber nicht wissen, daß wir so schnell und in solchem Umfange zu einem so bedeutenden Aufschwung in Industrie, Handel und Gewerbe kommen würden. Herr v. Eynern sagte, der Finanzminister wisse heute gar nicht mehr, wo er mit seinem Gelde hin solle. Dieser Etat beweist das Gegenteil, es ist Verwendung da, und wenn die Ueberschüsse andauern, wird auch in den nächsten Jahren genug Verwendung für die Zwecke des Landes und die kulturelle Hebung der Bevölkerung da sein. Die neuen Schulden, die wir machen, werden im Großen und Ganzen für Unternehmungen verwendet, die eine Rente bringen, aber die jetzt noch gebauten Eisenbahnen haben viel geringere Aussicht auf Renten, als die früher gebauten, diese werden kaum die Betriebskosten decken. Aber der Bau solcher Eisenbahnen liegt im Interesse des Landes.

Bezüglich der rechtlichen Dotirung des Extraordinariums hatte ich es staatsrechtlich für zulässig, wenn die Summen noch nicht in diesem Jahre verbraucht werden. Das Haus hat sich oft mit dieser Praxis einverstanden erklärt, die auch gar nicht der Verfassung entgegensteht. Welche Position des Extraordinariums im Einzelnen voll zur Verwendung kommen werde, das werden selbst die Ressortminister nicht anzugeben in der Lage sein. Es ist hier nach gewissermaßen eine laxe Praxis entstanden. Eine Reihe großer Bauten zu übernehmen und nur kleine Raten in den Etat einzustellen, ist im höchsten Grade unzweckmäßig. Bezüglich der Uebernahme der Anleihen in den Etat sind wir der Praxis des Reiches nicht abholt, wir werden darauf bei den Verhandlungen über das Komptabilitätsgesetz zurückkommen. Würde das Haus alle einzelnen Positionen des Extraordinariums genau im Einzelnen verrechnet wissen, so würde die Folge nur sein, daß etwaige Ueberschüsse zur Schuldentilgung verwandt werden entsprechend dem Eisenbahngarantiegesetz von 1882. Wir haben aber in den letzten Jahren anderweit in der Schuldentilgung viel getan.

In Betreff der **Steuern** bitte ich den Herrn v. Eynern, mal zu mir zu kommen, ich werde ihm eine Statistik zeigen, die ihm Verwunderung abnötigen wird über seine Behauptungen, daß bei uns die höchsten Steuern gezahlt werden. In Frankreich z. B. müssen dreimal soviel Steuern bezahlt werden. (Abgeordneter **v. Eynern**: Direkte?) Auch direkte! Aber ich will darauf nicht weiter eingehen, das gehört nicht zur Sache. (Große Heiterkeit.) Wie der Minister des Innern unmöglich verantwortlich kann für die Mißgriffe eines einzelnen Schutzmannes oder Amtsvorstehers im Lande (Auf links: eines einzelnen?) so kann der Finanzminister nicht verantwortlich sein für Mißgriffe in der Steuerveranlagung, die vielfach auch in der Kommunal-Verwaltung vorkommen und zum Teil gerade auf der ersten Einschätzung der Voreinschätzungs-Kommission beruhen. Die Herren werden eine Statistik bekommen, wie sich die beanstandeten zu den nicht beanstandeten Deklarationen verhalten und welche Ergebnisse die beanstandeten gehabt haben, um welche Summen es sich dabei handelt und wie zahlreich die Fälle der Bestrafungen wegen wissentlicher Steuerhinterziehung sich nicht blos in den mittleren, sondern auch in den höchst besteuerten Klassen. Ich hoffe, daß das Haus dann der Meinung beistimmen wird, daß, wenn wir hier nicht genau zusehen, bald die alte Ungleichheit und Ungerechtigkeit vorhanden sein wird. Was ich tun kann, um ein in kleinliches Verfahren abzustellen, werde ich nach wie vor mit aller Entschiedenheit tun. Ich habe oft scharfe Korrekturen eintreten lassen, aber in den weitaus meisten Fällen ergab sich die Grundlosigkeit der Beschwerden. Wo waren früher die 40 Millionen, die wir nach Einführung der Deklaration mehr bekommen? Die Reformbedürftigkeit des Deklarationsverfahrens in manchen Punkten gebe ich zu; wir werden durch Erfahrung lernen und die Einkommensteuer vielleicht mehrfach überredivideren können, aber im Großen und Ganzen hat sich unser System bewährt, und viele Staaten sind im Begriff, dasselbe einzuführen.

Von einem Konflikt des Eisenbahnministers mit dem Finanzminister kann keine Rede sein, ich bin an solche Angriffe gewöhnt und muß sie in meiner Stellung tragen. Mögen die Herren doch einmal die Rede des Abg. Richter von 1869 nachlesen, der die Meinung aussprach, daß, wenn einmal die Eisenbahnen verstaatlicht sind, der Staat auch möglichst hohe Einnahmen aus den Eisenbahnen ziehen müsse. Dieselben Herren, die verlangen, daß die Eisenbahnen nur dem Verkehr dienen und keine Ueberschüsse liefern, sind in den Kommunen ganz anders, wenn sie Wasserleitungen, Schlachthäuser u. s. w. und auch Sparkassen haben. (Heiterkeit.) Da werden die kommunalen Betriebe ganz anders ausgenutzt, um die Steuerzahler zu entlasten. Der Staat aber soll alles für Verkehrserleichterungen hergeben. (Zurruf bei den Nationalliberalen: Das ist uns versprochen!) Ich habe nichts derartiges versprochen. (Heiterkeit.) Das kann ich sagen, wenn es mir versprochen worden wäre, ich hätte es nicht geglaubt. (Große Heiterkeit.) Aus welchen Quellen soll denn der Staat schöpfen zur Erleichterung seiner Steuerzahler und um den Kommunen Zuwendungen zu machen, wie Herr von Eynern verlangt? Er möge es mir mitteilen, ich bin gern der Belehrung zugänglich. (Heiterkeit.)

Leider giebt es Fachblätter, die es sich zur Aufgabe machen, unsere Beamten unzufrieden zu machen und zu verhetzen und aus unserm alten treuen Beamtenstand eine gefährliche Masse zu machen. (Sehr wahr! rechts.) Zu großen und ganzen sind die Beamtenforderungen hier sachlich geprüft worden, aber es ist bedenklich, wenn die Beamten kein Vertrauen mehr zu ihren Vorgesetzten haben, sondern sich an die Landtage wenden. (Sehr wahr! rechts.) Wenn sie sich an ihre Vorgesetzten wenden, werden sie viel eher zum Ziel kommen. Die Medizinalreform geht nicht so leicht von statten, sie greift in alle Ressorts ein. Der Kultusminister hat einen Entwurf allen Ressorts zugehen lassen, die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen wegen der großen Meinungsverschiedenheiten, die auch hier im Hause zum Vorschein kommen werden. Wir halten an der Sache selbst vollständig fest, und es ist wohl kein so gewaltiger Schade, wenn ein solches Gesetz nicht schon in dieser Session, die stark überlastet ist, zur Erledigung kommt. In England, dem alten konstitutionellen Lande, dauert die Erledigung von Gesetzen oft viel länger, und man glaubt nicht, daß das Land gleich zu Grunde geht. Ueberhaupt wünscht das Volk nicht, daß wir mit der Gesetzmacherei allzu rasch weiter gehen. (Zustimmung). Die Beamten können sich kaum noch in all die neuen Gesetze hineinfinden. Daß wir amtliche Publikationen in Blättern veröffentlichen, die uns gehässig angreifen, kann man doch nicht verlangen. Solche Blätter finden sich in allen Parteien. Das Wahlgesetz ist seinerzeit geschieht, aber die Regierung ist fortgefahren, das Material vorzubereiten, und es ist schon so weit, daß man bezüglich einer Abänderung des Kommunalwahlgesetzes vielleicht im Stande gewesen wäre, in dieser Session eine Vorlage vorzulegen, aber wir wollen diese Frage im Zusammenhang mit dem staatlichen Wahlgesetz regeln. Wir halten an der Absicht einer Reform fest. Bezüglich des staatlichen Wahlgesetzes hat man im Ministerium des Innern noch keine klare Uebersicht über die Wirkungen der neuen Steuergesetze, die wird erst durch die Neuwahlen gewonnen werden. Herangetreten hat sich schon, daß die Wirkung der Steuerreform für das staatliche Wahlgesetz jedenfalls viel geringer zu sein scheint, als für eine größere Reihe Kommunen.

Eine Kräftigung des Staates liegt in guten Finanzen, so auch in der Zufriedenheit der Bürger, und wenn man unsere gesammten Verhältnisse in Schule, Justiz und Verwaltung vergleicht mit den Zuständen anderer Staaten, so wäre es doch wohl richtig, zufrieden zu sein und sich zu fragen, ob man nicht im großen ganzen der Volkswohlfahrt dadurch dient, daß man weniger Unzufriedenheit äußert, sondern vielmehr selbst gutes tut. (Beifall rechts.)

Abg. **Motty** (Pole): Wir müssen die Dotirung eines jeden Etatspostens ablehnen, welcher bestimmt ist, unsere Nationalität zu bekämpfen. Insbesondere lehnen wir die dem Oberpräsidenten zur Verfügung gestellten Dispositionsfonds ab. Wir hätten nicht geglaubt, daß nach dem Todesurteil, welches das deutsche Volk einstimmig im vorigen Jahr im Reichstag über die Ansiedelungskommission gesprochen hat, die Staatsregierung diesem sinnlosen Körper neue Kräfte zuführen würde. Im Jahre 1870, als das Eingangsthor vollendet war, da glaubten wir, es werde eine Aera des Friedens für die Polen kommen. Aber wir haben uns getäuscht. Die Einheit des Reiches bedeutete Krieg. Es begann mit dem Kulturkampf, es folgten die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, der Antisemitismus und ein Vernichtungskrieg gegen die Polen. Aber die Gewalt und Macht der Völker ist ein zweischneidiges Schwert, das Blatt kann sich wenden. Wir kämpfen den Kampf nicht aus eigenem Trieb, sondern weil wir der Not gehorchen. Wir kämpfen für unsere Religion und für unsere Nation. Wir wollen, daß unsern Kindern die Religion in ihrer Muttersprache gelehrt werde, damit sie ihnen zum Herzen dringe.

Der Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.

(Schluß 4¾ Uhr.)

Parlamentarische Nachrichten.

,§§ Die Reichstagskommission für die Militärstrafprozeßordnung trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Spahn zur ersten Sitzung zusammen. Die verbündeten Regierungen waren durch Generallandtleute Zitzenbach, General von Bidoubya, den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld und General Krafft von Delsenza, den württembergischen General v. Watter, den sächsischen Oberst Graf Bitzthum v. Eckstaedt, den badischen Gesandten v. Jagemann und eine große Zahl von Kommissaren vertreten. Von einer Generaldebatte

wurde abgelehnt, doch beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen und sofort § 1 zur Debatte gestellt, welcher besagt: „Der Militärgerichtsbarkeit sind wegen aller strafbaren Handlungen unterstellt: 1. die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine; 2. die zur Disposition gestellten Offiziere, Sanitätsoffiziere und Ingenieure des Soldatenstandes; 3. die Studirenden der Kaiser Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen; 4. die Schiffsjungen, so lange sie eingeschifft sind; 5. die in militärischen Anstalten versorgten invaliden Offiziere und Mannschaften; 6. die im aktiven Soldatenstande befindlichen Offiziere à la suite und Sanitätsoffiziere à la suite, wenn und so lange sie zu vorübergehender Dienstleistung zugelassen sind; 7. die verabschiedeten Offiziere, Sanitätsoffiziere und Ingenieure des Soldatenstandes, wenn und so lange sie als solche oder als Militärbeamte im aktiven Heere oder in der aktiven Marine vorübergehend wieder Verwendung finden; 8. die in den §§ 155, 157, 158, 166 des Militärstrafgesetzbuches bezeichneten Personen, so lange sie den Militärstrafgesetzen unterworfen sind." Die **Sozialdemokraten** beantragen, § 1 wie folgt zu fassen: „Der Militärgerichtsbarkeit sind wegen aller militärischen Verbrechen und Vergehen unterstellt: 1. die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine; 2. die in den §§ 157 und 158 des Militärstrafgesetzbuches bezeichneten Personen, so lange sie den Militärstrafgesetzen unterworfen sind." — Das **Zentrum** beantragt, in § 1 die Eingangsworte dahin abzuändern: „Der Militärstrafgerichtsbarkeit sind, sofern nicht die folgenden Paragraphen ein anderes bestimmen, wegen aller strafbaren Handlungen unterstellt." Ferner die Ziffer 2 abzulehnen und an statt derselben a) die Ziffer 7 dahin abzuändern: 7) die zur Disposition gestellten und die verabschiedeten Offiziere und so weiter. b) im § 2 als Ziffer 1 zu setzen: 1) die zur Disposition gestellten Offiziere, Sanitätsoffiziere und Ingenieure des Soldatenstandes, auch wenn sie nicht in dem aktiven Heer oder in der aktiven Marine Verwendung finden, wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Militärstrafgesetze. Der Antrag Frohme (Soz.) wurde gegen vier Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag des Zentrums angenommen. — Das **Zentrum** beantragt ferner als § 1a: Den bürgerlichen Gerichten bleibt die Untersuchung und Entscheidung überlassen: 1. wegen Verbrechen wider die allgemeinen Strafgesetze, wenn die Handlung mit Todesstrafe oder Zuchthausstrafe bedroht ist; 2. wegen Zuwiderhandlungen gegen Finanz- und Polizeigesetze, Jagd- und Fischereigesetze, sowie gegen Verordnungen dieses Inhalts, wenn die Handlung nur mit Geldstrafe und Einziehung oder mit einer diese Strafen bedroht ist. In den Fällen der Nr. 1 tritt, sofern nicht die Entlassung aus dem aktiven Dienst erfolgt, die Militärgerichtsbarkeit ein, wenn das Verbrechen im Feld oder an Bord begangen wurde, oder wenn mit demselben ein militärisches Verbrechen zusammentrifft, welches mit gleicher Strafart, wie das gegen die allgemeinen Strafgesetze begangene Verbrechen bedroht ist. In den Fällen der Nr. 2 ist, wenn die Umwandlung der Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe geschieht, der Vollzug der Freiheitsstrafe mittelst Ersuchens der Militärbehörde zu bewirken. Der Absatz 1 dieses Antrages, der von den Verbrechen handelt, wurde mit dem entsprechenden vorletzten Absatz, der mit den Worten beginnt: „Zu den Fällen der Nr. 1" von den Antragstellern zurückgezogen. Der Rest des Antrages wurde mit der Modifikation, daß der Schlußsatz nun mit den Worten beginnt: „In diesen Fällen . . ." einstimmig angenommen. Die Antragsteller behielten sich aber vor, den zurückgezogenen Antrag in facultativer Form in zweiter Lesung wieder einzubringen. Als § 1b beantragt das Zentrum: „Der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterliegen: 1. Die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine wegen Amtsverbrechen oder Amtsvergehen, welche sie bei einstweiliger Verwendung im Zivildienst des Reiches, eines Bundesstaates oder einer Kommune begangen haben; 2) Personen des Beurlaubtenstandes wegen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze, wenn die Handlung während einer in Friedensübungen zu dienstlichen Zwecken erfolgten Einberufung begangen worden ist. In den Fällen der Nr. 1 und 2 greift die Militärstrafgerichtsbarkeit Platz, wenn mit der Handlung eine Zuwiderhandlung gegen die Militärstrafgesetze zusammentrifft. In den Fällen der Nr. 2 darf während der Dauer der Einberufung ohne Zustimmung der Militärbehörde die Untersuchungshaft nicht verfügt, auch eine Hauptverhandlung nur abgehalten werden, wenn der Angeklagte von der Verpflichtung, in derselben zu erscheinen, entbunden ist." Dieser Antrag wurde mit elf Stimmen angenommen. Schließlich beantragt das **Zentrum** als § 1a o folgende Vorschrift aufzunehmen: „Haben sich bei einer Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Strafgesetze mehrere Personen, von welchen die eine der militärischen, die andere der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstellt ist, als Täter, Teilnehmer, Begünstiger oder Hehler beteiligt, oder sind zwischen solchen einer verschiedenen Gerichtsbarkeit unterstellten Personen wechselseitige Beleidigungen oder Körperverletzungen vorgekommen, so kann die beteiligte Militärperson dem bürgerlichen Gericht zur Untersuchung und Aburteilung des Falles übergeben werden." Auch dieser Antrag wurde angenommen, und zwar einstimmig. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

,§§ Die 6. Kommission des Reichstags trat gestern in die Beratung der ihr überwiesenen Novellen ein. Von einer Generaldebatte wurde nach den eingehenden Erörterungen im Plenum Abstand genommen und zunächst die Novelle zum **Gerichtsverfassungsgesetz**, die durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs nötig wird, in erster Lesung erledigt. Die von der Regierung vorgeschlagene Erweiterung des § 14 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welche für das Nachbarrecht die Zuständigkeit der General-Kommissionen zulassen will, wurde abgelehnt. — Sodann wurde in die Beratung der Novelle zur Zivilprozessordnung eingetreten und diese bis § 49 erledigt. Die Berathungen werden heute fortgesetzt.

, Die Gesundheitsrücksichten, aus denen — wie im Abendblatt gemeldet — **Dr. Schulz Lupitz** kein Mandat mehr annehmen will, sind schon aufgeklärt: Der Bund der Landwirte hat in seinem Wahlkreise im Verein mit den Konservativen den Landtagsabgeordneten v. Krücker aufgestellt.

, Zum Wahlkreis **Swinemünde** haben die Anhänger des Rittergutsbesitzer Schröder-Poglelow aufgestellt. Da die Versammlung der Vertrauensmänner unter Vorsitz Liebermann's von Sonnenberg stattfand, ist die Kandidatur mit Zustimmung des Bundes der Landwirte aufgestellt.

Sozialpolitische Rechtspflege.

M **Ein Todschlag als Betriebsunfall.** Der Zimmermann Pose wurde am 5. Mai auf einem Bau in Berlin von seinem Mitarbeiter Schmidt mit der Axt niedergeschlagen und tödlich verletzt. Es stellte sich später heraus, daß Schmidt geisteskrank war. Der Vorgang hatte sich wie folgt zugetragen: Als Pose vornübergebeugt damit beschäftigt war, eine Diele festzunageln, sprang plötzlich Schmidt mit einer Axt auf Pose zu und versetzte ihm mit voller Wucht einen Hieb auf den Hinterkopf. Dem Verletzten rief Schmidt zu: „Du hast genug"; kurz darauf versetzte Schmidt dem Pose noch einen Schlag mit der Axt. Als der Wahnsinnige abermals zum Schlage ausholte, fiel ihm ein Mitarbeiter Wiesner in den Arm und entriß ihm die Axt. Schmidt brachte aber die Axt wieder an sich und floh erst, als Wiesner ihm drohte, ihn niederschlagen zu wollen. Pose wird als friedfertiger und fleißiger Mensch geschildert, während Schmidt ein starker Trinker gewesen sein soll. Zwistigkeiten sind zwischen den beiden Männern nicht bemerkt worden. Nur einige Tage vor dem geschilderten Vorfall war dem Schmidt beim Sägen ein Finger unerheblich verletzt worden; Schmidt glaubte, Pose habe ihm diese Verletzung absichtlich beigebracht. Als Schmidt später vernommen wurde, erklärte er, er habe ein Brausen in den Ohren gehabt und immer sagen hören: „Schmidt haut Pose, Pose haut Schmidt;" wie er dann Pose in gebückter Stellung vor sich gesehen, habe er mit der Axt zugeschlagen. Die Gerichtsärzte erklärten später, daß Schmidt zur Zeit der Tat in Folge von Alkoholgenuß geistesgestört gewesen sei.

Im Gegensatz zu den Vorinstanzen verurteilte das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung, indem es geltend machte, daß eine einem Arbeiter von einem Mitarbeiter vorsätzlich beigebrachte Körperverletzung als Betriebsunfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes gelten müsse, wenn sie in derart erkennbarem, ursächlichen Zusammenhange mit dem Betriebe steht, daß sowohl die Veranlassung zu der Körperverletzung im Betriebe beruht, als auch die verletzende Handlung selbst sich noch als Ausfluß der Betriebsgefahr darstellt. Beide Erfordernisse seien im vorliegenden Falle gegeben. Schon der Umstand verdient Berücksichtigung, daß der Verkehr der Arbeiter an einer Betriebsstätte in Verbindung mit mutwilligem oder strafbarem Handeln einzelner Arbeiter Gefahren im Gefolge hat, gegen die das Unfallversicherungsgesetz die Arbeiter hat schützen wollen. Auch war Pose durch seine Arbeit genötigt, beim Befestigen der Diele eine gebückte Stellung einzunehmen; seine Aufmerksamkeit war von der Umgebung abgelenkt und es war ihm entgangen, als Schmidt gegen ihn die Axt schwang. Auch der Umstand, daß Schmidt sich so schnell mit einer Axt bewaffnen konnte, ist wesentlich als Ursache der tödtlichen Verletzung des Pose anzusehen.

Kleine Chronik.

✱ **Kirche und Welt.** Die fürsorglichen Bemühungen des Klerus beider Konfessionen, „dem Volke die Religion zu erhalten", zeitigen die wunderlichsten Früchte. Das neueste Mittelchen sind die sogenannten Familienabende. Wo sie aus dem Bedürfnis nach edlerer Geselligkeit von selbst erwachsen, mögen sie ihr gutes haben. Aber heut zu Tage werden diese Abende meist treibhausmäßig gezüchtet. Sie sollen Kirche und Welt im trauten Bereich darstellen, fromm und frei, Erbauung und Amüsement, Gebet und Tänzchen. Ein Amtsvorsteher glaubte kürzlich die Erlaubnis zu einer solchen frommen Veranstaltung unter der Rubrik: „Oeffentliche Vergnügen" geben zu müssen. In einem orthodoxen Blatte finden wir einen Musterbericht über einen derartigen Familienabend, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

„Der Herr Pastor entwarf vor einer wiederum sehr zahlreich versammelten Gemeinde ergreifende Bilder von den furchtbaren Greueln der Armenierverfolgungen und von der Standhaftigkeit vieler treuer Bekenner des Christentums, wodurch die Herzen der Versammelten gewaltig bewegt wurden. Dem Ernsten folgte dann auch das Heitere, und ein vergnügtes Tänzchen hielt einen Teil der Anwesenden noch lange bis in die frühe Morgenstunde zusammen."

Wo den Kirchennmännern selbst jedes Empfinden für eine derartige Verquickung von „gewaltiger Herzensbewegung" und vergnügtem Hopsasa abgeht, da haben sie in der Tat kein Recht, darüber zu zetern, daß das Volk dem herrschenden Kirchentum den Rücken kehrt.

✱L **Die Schrift unseres russischen Erbfreundes** lernen jetzt die Soldaten in Brandenburg lesen. Man schreibt uns von dort: Inschriften in russischer Schrift kann man am Portal der hiesigen Kürassierkaserne und auf einer Tafel am Artillerie-Uebungsplatze bemerken. Diese Aufschriften dienen dazu, den Soldaten das Lesen russischer Schrift nach und nach beizubringen. Es sind zu diesem Zwecke an vielen Stellen Aufschriften, wie z. B. „Nach Schwerzke", „Nach Genthin", „Nach der Kantine", „Nach der Kaserne", u. s. w. angebracht. Diese Aufschriften werden öfter gewechselt, um immer neue Buchstaben zu veranschaulichen. Sollte es einmal zu einem Feldzuge gegen unsern Erbfreund kommen, so werden die russischen Wegweiser die Brandenburger Garnison nicht in Verlegenheit bringen.

✱ **Dumme Jungen.** Die Entdeckung einer Schülerverbindung „Guestfalia" in Aachen, an der Schüler aller höherer Lehranstalten der Stadt beteiligt waren, hat für die Betroffenen böse Folgen nach sich gezogen. Fünf Schüler des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums, vier Schüler des Kaiser Karls-Gymnasiums und zwei Schüler des Realgymnasiums wurden, entsprechend den neueren strengen Bestimmungen, von den betreffenden Anstalten entfernt. Ein Schüler der Oberrealschule, der an dem Abend der Entdeckung erst aufgenommen wurde und zum ersten Male mittat, wurde mit einer hohen Karzerstrafe belegt. Die Strafen fielen besonders streng aus, da die Verbindung auch Nichtschüler zu ihren Mitgliedern zählte. Für die Betreffenden ist die Strafe eine um so bittere, als ein Teil von ihnen vor der Abiturientenprüfung, ein anderer vor der Einjährigenprüfung stand.

✱ **Der Postdampfer „Duitschland" aus Blissingen** geriet in der Nacht zum Dienstag, im Revier bei der Einfahrt zum Medwayfluße auf Grund. Ein aus Sheerness abgeleiteter Regierungsdampfer konnte wegen des niedrigen Wasserstandes der „Duitschland" nicht nahe genug kommen. Erst am Morgen nach eingetretener Flut gelang es dem Regierungsdampfer, die Passagiere und die Postsachen von „Duitschland" abzunehmen, worauf er dieselben nach Queenborough beförderte. Der Bohnung hatte dort nahezu zwölf Stunden gewartet. Die „Duitschland" wurde Morgens anscheinend unbeschädigt flott gemacht.

✱ **Kohlengasvergiftung.** Auf dem Rittergute Debenz (Kreis Grandenz) erhielt der Gutsherr v. Rybinski dieser Tage zwei Herren zum Besuch. Jedenfalls muß der stark geheizte Ofen zu früh geschlossen worden sein — denn man fand am Morgen beide Personen leblos im Bette vor. Der Arzt konnte nur den einen der Gäste retten, der andere war bereits eine Leiche.

✱ **Zu der großen Feuersbrunst,** die am 19. November v. J. in der City von London nahezu 100 Waarenhäuser im engen Quartier Cripplegate zerstörte, hat das Geschworenengericht soeben den Wahrspruch abgegeben, daß der Brand im Waarenhaus der Firma Waller und Brown in Wellstreet entstanden ist und das Feuer von einer unbekannten Person angelegt wurde. Zu diesem Aufsehen erregenden Ergebnis gelangte man durch eine Reihe von Versuchen, die darlegten, daß das Feuer nicht durch Zufall entstanden sein konnte. Brown, einer der Geschäftsteilhaber, war im Stale gewesen kurze Zeit bevor ein Haufen Mäntel in Flammen stand. Keiner der Angestellten hatte vor diesem Zeitpunkt Brandgeruch bemerkt. Die Annahme einer Gasexplosion erwies sich als unhaltbar. Ein Stück brennender Kohle aus dem Feuerrost kann ebenfalls unmöglich einen Haufen Tuch in Brand setzen. Eingehende von Prof. Redwood angestellte Versuche bewiesen ferner die Unmöglichkeit durch Selbstentzündung oder zufällig entstandenes Feuer. Ueber die Beweggründe der Brandstifter hat man Folgendes ermitteln können: Brown war die letzte Person gewesen, die man im Stockwerke sah, wo das Feuer entstanden war. Während der Brand wütete, nahm er in einem Restaurant der City sein Mittagsmahl ein und ging nachher zu seinem Rechtsbeistand und ersuchte ihn, seinen Gläubigern Mitteilung von dem Brande zu machen und sie um Nachsicht zu ersuchen. Als man nach dem Erlöschen des Feuers den Gebäudeschutt öffnete, fehlte das Vorräteverzeichnis. Dieser Umstand ist insofern verdächtig, als auf Grund dieses Verzeichnisses der von der Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden zu leistende Ersatz berechnet wird. Brown hat auch von der Gesellschaft Entschädigung verlangt.

Lokales.

†sh **Der zur Beratung von Maßnahmen wider die Mißgriffe der Sittenpolizei** niedergesetzte Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat gestern unter dem Vorsitz des Stadtv. Cassel eine Sitzung abgehalten, in welcher nach einer Generaldebatte beschlossen worden ist, eine Subkommission einzusetzen, welche berufen sein soll, das rechtliche und tatsächliche Material zu den vorliegenden Anträgen zusammen zu stellen und demnächst an den Ausschuß Bericht zu erstatten. Die Kommission besteht aus den Herren: Cassel, Reimann, Hugo Sachs, Singer und Ullstein.

Der Magistrat soll ersucht werden, den Beratungen der Kommission durch Kommissare beizuwohnen und ihr das beim Magistrat vorhandene Material vorzulegen.

†sh **Bei den Gewerbegerichtswahlen in Charlottenburg** siegten gestern in der Abteilung der Arbeitgeber die bürgerlichen Parteien, in der Abteilung der Arbeitnehmer die Sozialdemokraten. Beide Parteien mußten 12 Beisitzer.

†sh **Eine Diebesbande** mit ihrem Haupt ist der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Fortgesetzte Diebstähle auf dem Grundstück Krausenstraße 40 veranlaßten den dort wohnenden Gardinenfabrikanten Hartenstein einen Dienstmann mit geladenem Revolver in seinem Geschäftsräumen wachen zu lassen. Zwei Nächte stand der Dienstmann auf seinem Posten, ohne etwas Verdächtiges zu merken. In der Nacht zum Sonntag über hörte er wie die Tür zu dem im ersten Stock liegenden Geschäfte aufgeschlossen wurde, und gleich darauf sah er auch einen Mann eintreten. Der Wächter sprang aus seinem Versteck vor, setzte dem Eindringling den Revolver auf die Brust und befahl ihm, sich nicht von der Stelle zu rühren. Dann schloß er die Tür von innen ab, warf den Schlüssel auf die Straße und rief einem Bäckerjungen zu, ihn der Polizei zu bringen und diese zur Hilfe zu holen. Schutzleute, die auf dem Dönhoffplatze standen, kamen dann auch bald und nahmen den Einbrecher fest. Es war der frühere Hausdiener des Reuberschen Geschäfts Namens Kaehr. Dieser war eingedrungen, während fünf Diebesgenossen „Schmiere gestanden" hatten. Die Kriminalpolizei überwachte jetzt das Haus und ein Beamter bemerkte einen Mann, der etwas unsicher aus dem Hause herauskam und nicht hineingehören schien. Aus diesem Manne brachte der Beamte heraus, daß er bei dem Pförtner Hoppe wie schon öfter, so auch die letzte Nacht geschlafen habe. Er kam aber dem Kriminalisten so verdächtig vor, daß er ihn gleich festnahm. Nach eingehender Vernehmung der beiden Festgenommenen erschienen am Sonntag Vormittag um 9 Uhr abermals Kriminalbeamte und holten den Pförtner Hoppe ab, einen ehemaligen Schlosser, der eine Zeitlang eine Schankwirtschaft mit weiblicher Bedienung in der Beuthstraße hatte. Hoppe hatte die Pförtnerstelle seit anderthalb Jahren. Vor sechs Wochen verließ ihn seine Frau mit den beiden Kindern, und seitdem lebte er mit seiner Wirtschafterin zusammen. Da er Schlosser war, so hatte er sich selbst zu jedem Raum im Hause, vom Keller bis zum Boden, Nachschlüssel gemacht. So war es ihm möglich, mit Hilfe einiger Diebesgenossen seit langer Zeit alle Hausbewohner nach der Reihe und wiederholt zu bestehlen. Aus der Apfelweinkellerei von Wendt entnahm er die Weine für die Kneipe, die seine Frau in der Beuthstraße verwaltete. Wendt schätzt seinen Schaden vorläufig auf 200 Mark; er ist aber wahrscheinlich viel höher. Der Restaurateur Bretrich weiß noch nicht, was ihm gestohlen ist. Der Fahrradhändler Hecht hat mehrere ganze Räder und derlichtdene Einzelteile eingebüßt. Die Tuchgroßhandlung von Neuberg kann ihren Schaden noch nicht feststellen, der Gardinenfabrikant Hartenstein schätzt den seinigen auf über 3000 Mark, die Berlin-Luckenwalder Wollwaarenfabrik kennt den ihrigen noch nicht. Versichert geblieben ist kein einziges Geschäft auf dem ganzen Grundstück. Eine Haussuchung bei Hoppe förderte nicht viel zu Tage, im wesentlichen nur eine große Anzahl Flaschen aus der Wendtschen Kellerei, an deren Inhalt sich die Spitzbuben wohl an Ort und Stelle gestärkt haben. Die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei führten zur Ermittelung der ganzen Diebesbande. Bis jetzt sind sieben Personen, darunter zwei Weiber, festgenommen worden. Auch den Hehlern, die die Waaren in Massen abgenommen haben müssen, scheint man auf der Spur zu sein. Hoppe fand gerade im Begriff, im Westen eine neue Schankwirtschaft aufzumachen. Seine Wirtschafterin scheint von dem ganzen Treiben keine Kenntnis gehabt zu haben; sie ist wohl wiederholt vernommen, aber nicht verhaftet worden.

Rechtspflege.

†sh **Eine Privatklage des Sanitätsrats Dr. Mittenzweig** gegen den Redakteur Knorr wurde gestern vor dem Charlottenburger Schöffengericht verhandelt. Es handelte sich um ein Nachspiel zu den bekannten Prozessen dieser beiden Gegner. Sanitätsrat Mittenzweig fühlte sich durch eine „schwerverletzende" Aeußerung, die Knorr bei einer Besprechung jener Prozessverhandlungen gebraucht hatte, beleidigt. Der Privatkläger war nicht erschienen. Auf Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe, das Gericht sprach jedoch den Angeklagten frei, da in seinem das Verhalten des Sanitätsrats Mittenzweig während der Prozessverhandlungen kritisirenden Artikel eine Beleidigung nicht gefunden werden könne. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Letzte Nachrichten.

Prag, 18. Januar. Landtag. (Schluß.) Funke griff in längerer Rede die gestrigen Ausführungen Sylva Tarouks auf das Schärfste an und protestirte gegen die Vermittelung des Großgrundbesitzes im deutsch-tschechischen Streite und trat dagegen auf, daß der erbadene Träger der Krone, vor dem alle Deutschen in Ehrfurcht sich beugen, hier in den Streit hineingezogen wurde. Hierauf gelangte Redner zu dem Schlusse, die abgegebene Erklärung der Regierung könne nicht befriedigen, zumal da keine Frist angegeben werde, wann die neuen Verordnungen erscheinen sollen. Die Deutschen müßten bei der Aufhebung der jetzigen Verordnungen beharren. Nach der bereits gemeldeten Erklärung des Statthalters betreffend den Streit zwischen einem deutschen und einem tschechischen Studenten protestirte Herold gegen das aus diesem Anlaß verfügte Unterbrechung der Sitzung. Unerhörte Privilegien seien den deutschen Studenten gegönnt worden und solchen Privilegien zu Liebe werde der ganze Polizeiapparat in Bewegung gesetzt und der Landtag in Mitleidenschaft gezogen. Das dürfe nicht weiter geduldet werden. Auf die Rede Funke's erwiderte der Statthalter Coudenhove, die neuen Verordnungen würden an die Stelle der alten Sprachenverordnungen treten und im Laufe des Februar erlassen werden.

Paris, 18. Januar. In der Budgetkommission gelangte heute die Konvention betreffend die Postdampfschiffverbindung Havre-Newyork zur Beratung. Chorles Roy trat für die Vorlage ein und betonte, der Hafen von Havre werde nach Vollendung der in Aussicht genommenen Arbeiten bessere Bedingungen bieten, als die Häfen von Bremen und Bremerhaven. Redner fügte hinzu, die Schnelligkeit der fremden Schiffe nähere sich sehr derjenigen der französischen. Kergesu trat zu Gunsten des Hafens von Brest ein, der die größten Schiffe aufnehmen könne; die Hauptstage sei aber die Organisation eines Schnellbiensttes für Reisende, um die Passagiere, die jetzt die deutschen und englischen Linien benutzten, wieder den französischen Linien zuzuführen. Berger bemerkte, die Konstrukteure wendeten jetzt ihre Aufmerksamkeit Modellen kleinerer Typen zu. Die Kommission nahm schließlich im Prinzip Havre als Heimatshafen an und vertagte dann die Weiterberatung.

Petersburg, 18. Januar. Zum Taganroger Bezirke sind in der Grube der Donetzer Gesellschaft infolge von einer Gasexplosion vierzig Arbeiter getödtet und achtzehn verwundet worden.

Canton, 18. Januar. Bei dem Orte Langthen ist der deutsche Missionar Homeyer, von der Station Namjung der Berliner Mission, beraubt und verwundet worden. Auf Intervention des hiesigen deutschen Konsuls hat der Generalgouverneur sofort telegraphisch die nötigen Maßnahmen zur Sühnung des Vorfalles getroffen.

Paris, 18. Januar, Nachm. (Schluss-Course.) 3 proz. Rente 103.15 4proz. Anleihe —.—. Italiener 94,20. Franzosen —.—. Lombarden —.—. Türken 22,45. Suezkanal-Aktien 3405. Ottomanbank 563,00.

Wien, 18. Januar, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 383,00. Oestr. Kreditaktien 356 25. Franzosen 343,00, Lombarden 81,50. Galizier —.—. Nordwestbahn 251,00. Elbethalbahn 265,75. Oestr. Papierrente 102,40. do. Goldrente —.—. 5proz. ungar. Papierrente —.—. 4proz. ungar. Goldrente 121,30. Marknoten 58,95. Napoleons 9,54. Bankverein 260,00. Tabakaktien 138,00. Unionbank 303,00, Länderbank 219,50. Alpine Montan 143,90.

London, 18. Januar, Abds. 5 Uhr 5 Min. Preuss. Konsols —.—. Engl. 2¾ proz. Konsols 112⅝, konvert. Türken 22⅛, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 103⅛, Italiener 93⅛, 4proz. ungarische Goldrente 101⅛, 4proz. unfix. Aegypter 106⅞, Ottomanbank 12⅛, 6proz. konsolidirte Mexikaner 97⅞, Rio Tinto —.—, Silber —.—, 4½proz. äussere Argentinier —.—.

In die Bank flossen 51 000 Pfd. Sterl.

Amsterdam, 18. Januar. Bancazinn 38.

Hierzu Beiblatt.